

Was uns stark macht: Ideen, Vielfalt, Solidarität.

Zeitung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016
für den Landkreis Stendal

DIE LINKE.



Gysi kommt

Wahlkampfabschluss am
11. März, 16 Uhr, CinemaxX
im Charlottencenter, Halle
www.dielinke-sachsen-anhalt.de



Post von Bodo Ramelow an Wulf Gallert

»Du willst das, und Du kannst
das, davon bin ich fest
überzeugt.« **Seite 2**

Für einen starken Land- kreis Stendal!

Unsere Kandidatinnen und
Kandidaten. Unsere Ideen.
Unsere Ziele. **Seite 3 bis 6**

Ich kann. Ich will. Ich werde.

1963 in Havelberg geboren, dort aufgewachsen und der Stadt bis heute verbunden. In Magdeburg und Leipzig studiert, Lehrer geworden, später noch Politikwissenschaften in Magdeburg studiert, in Havelberg ein Jugendzentrum geleitet. Immer politisch gedacht und gehandelt, 1990 mit dem Satz »Jetzt erst recht« politisch aktiv geworden. Erfahrungen in der Kommunalpolitik in Havelberg und Stendal gesammelt und 1994 Landtagsabgeordneter der PDS geworden. Als Parlamentarischer Geschäftsführer acht Jahre lang das Magdeburger Modell mitgestaltet. Dabei gelernt, wie man einen politischen Interessensausgleich herstellt, millionenschwere Landeshaushalte verhandelt, Tabus bricht und an deren Stelle Neues setzt. 2004 Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE geworden. Op-

position so verstanden und ausgeübt: etwas für die Menschen im Land durchsetzen, ohne die Macht zu haben. Kluge und gute Vorschläge unterbreitet, die sich an den Bedürfnissen und Hoffnungen der Bürgerinnen und Bürger orientieren. Immer Politik für Menschen gemacht und für ein Land, das diesen Menschen mehr als Aufenthaltsort sein soll.

Dieser Mann will und kann Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt werden. Warum sollte man ihn wählen?

Weil er eine Idee hat

»Wir wollen im Land eine gute Lebensqualität für alle erreichen, die heute und in Zukunft hier leben wollen. Wir werden eine innovative Wirtschaft entwickeln, die durch gute Arbeit und Kreativität gekennzeichnet

ist. Wir werden soziale Gerechtigkeit herstellen und Vorreiter einer inklusiven Gesellschaft mit einem beispielhaften Bildungssystem sein. Wir werden für die Städte und die ländlichen Regionen eine Perspektive erarbeiten.«

Weil er Mut zur Umkehr hat

»Der Staat hat sich aus seiner Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge zurückgezogen, stattdessen einseitig auf schnelle Schuldentilgung orientiert. Wir werden den Abbau öffentlicher Leistungen stoppen und umkehren. Schrumpfungspolitik ist keine Lösung, weil sie die menschlichen und unternehmerischen Potenziale aus dem Land vertreibt. Auch für uns soll Neuverschuldung kein Thema sein. Aber einem Land, das in den vergangenen zehn Jahren nur zwei Prozent Wirtschafts-

wachstum aufweisen kann, fehlt es offensichtlich an Kompetenz. Wir können Wirtschaft und werden das unter Beweis stellen.«

Weil er klare Ansagen macht

»Wir beenden die Strategie des Billiglohndlandes und werden uns für Flächentarife und Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben starkmachen und Gewerkschaften unterstützen. Wir stehen für Förderung des Wirtschaftsstandortes statt Subventionierung einzelner Unternehmen. Wir werden die Kommunen stärken, statt sie auszuhungern und am Gängelband zu führen. Wir wollen die Macht, um den Kommunen Gestaltungsspielraum zu geben.«

Wulf Gallert ist bereit für den politischen Wechsel. Und dieser politische Wechsel wird die Stagnation beenden.



Hass aus Bequemlichkeit

Gespräch mit den Theatermachern Matthias Brenner und André Bückler über die Kraft des Widerstandes, den Wert von Kultur und den Umgang mit Menschen in Not. **Seite 7**



Kurswechsel für gute Bildung!

Ein Plädoyer von
Thomas Lippmann und
Matthias Höhn. **Seite 8**

Den Wirtschaftsstandort fördern!



Zwei Parlamentarische Untersuchungsausschüsse befassen sich zurzeit im Landtag mit fragwürdigen Praktiken bei der Vergabe von Fördermitteln. Eine der wesentlichen Ursachen für die Fördermittelskandale ist das Fehlen wirklicher Strategien, wohin sich unser Land entwickeln soll. DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt formuliert schon seit Jahren ihr politisches Ziel, den Wirtschaftsstandort zu fördern statt Unternehmen zu subventionieren.

Bei einem Gespräch, das ich kürzlich mit Unternehmern in Bitterfeld führte, brachte es der Inhaber von drei Einzelhandelsgeschäften auf den Punkt: »60 Prozent der vom Bund zur Verfügung gestellten Fördermittel flossen in den letzten Jahren an ganze 20 Antragsteller. Diese Fördermittel unterstützen die Großen, die in Konkurrenz zu den Kleineren stehen. Nehmen Sie lieber das ganze Geld und stecken es in eine kostenfreie Kinderbetreuung und Ausbil-

dung, dann haben wir alle mehr davon.« Sicher, Fördermittel lassen sich nicht einfach anders verwenden, aber die Botschaft ist: Ohne Bildungsgerechtigkeit, ohne ausreichendes Personal in der öffentlichen Verwaltung, in Schulen und bei der Polizei, ohne attraktive Kulturangebote, ohne öffentlichen Personennahverkehr, ohne Breitband wird sich die Wirtschaft Sachsen-Anhalts nicht vom Fleck bewegen.

Wulf Gallert

PREISRÄTSEL

Eine Reise ins Europäische Parlament, ein Besuch des Deutschen Bundestages und ein Wochenende zu zweit in Thüringen zu gewinnen.
Letzte Seite

Argumente gegen Vorurteile

»Schule marode, Straßen kaputt, Schwimmbad geschlossen: Seit Jahren kein Geld in der Stadt, und jetzt sollen noch Flüchtlinge integriert werden?«
 Es stimmt, in vielen Städten und Gemeinden verrottet die öffentliche Infrastruktur. Seit Jahren wird nicht mehr ausreichend investiert. Doch das hat nichts mit den Flüchtlingen zu tun. Dass die Kassen vieler Kommunen leer sind, ist geradezu unvermeidlich, wenn Steuern für Reiche und Konzerne gesenkt werden und Steuerflucht nicht wirksam bekämpft wird. Wir sagen: Den Luxus, die wirklich Reichen nicht steuerlich an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen, können wir uns nicht länger leisten.

»Die meisten fliehen gar nicht vor Krieg, sondern sind Wirtschaftsflüchtlinge, die es auf unsere Sozialleistungen abgesehen haben.«
 Nach wie vor sind Terror, Krieg, Verfolgung die häufigsten Fluchtursachen. Fluchtrouten sind meistens sehr gefährlich. Niemand nimmt dieses Risiko nur deshalb auf sich, um hier Sozialhilfe zu beziehen. Flüchtlinge aus den Balkanstaaten sind sehr häufig Sinti und Roma. Zu ihnen sagt der Europarat: »Sie leben in extremer Armut. Dinge, die andere Menschen für selbstverständlich halten, werden ihnen verweigert: Schul- oder Arztbesuch, Arbeit, angemessener Wohnraum.« Sie sind rassistischer Verfolgung ausgesetzt. Die Bundesregierung hat im Herbst weitere Balkanländer als sicher eingestuft, unter anderem den Kosovo. Der ist so sicher, dass dort noch immer die Bundeswehr vor Ort sein muss.

»Flüchtlinge bekommen so viel Geld, dass sie sich sogar Smartphones leisten können.«
 Flüchtlinge erhalten nach der Erstaufnahme bis zum 15. Aufenthaltmonat mit 287 Euro deutlich weniger als Hartz IV. Handys werden häufig bereits mitgebracht und sind für Flüchtlinge kein Symbol für Wohlstand, sondern oft das einzige Mittel, um zum Beispiel mit der Familie zu Hause in Kontakt zu bleiben oder mit Familienmitgliedern, die auf der Flucht an unterschiedlichen Orten gestrandet sind.

»Wer soll denn die Versorgung all der Flüchtlinge bezahlen?«
 Zehn Milliarden wird die Bundesregierung bis zum Ende des Jahres 2016 für Flüchtlingspolitik ausgeben. Rund 317 Milliarden Euro im Jahr betragen die Ausgaben der Bundesrepublik 2016 insgesamt. Gleichzeitig entgehen dem Staat jährlich rund 100 Milliarden Euro durch Steuerflucht. Eine Steuer auf Vermögen über 1 Million Euro würde den öffentlichen Kassen 80 Milliarden Euro Einnahmen bringen, damit wäre ein Sofortprogramm in Höhe von 25 Milliarden Euro finanzierbar.



Europa muss helfen. Wir müssen helfen!

Bevor die Menschen kamen, sah man die Bilder. Zehntausende Jesiden bangten im Sommer 2014 um ihr Leben und drohten, im Sindschar-Gebirge zu verdursten und zu verhungern. Dschihadisten zerstörten die Stätten des Weltkulturerbes aus vorislamischer Zeit. Um die kurdische Stadt Kobanê begann ein erbitterter Kampf. Doch erst einen Sommer später erreichte der Krieg wirklich Europa. Mit der Zahl der Flüchtlinge werden die Verheerungen in Syrien und im Irak wirklich klar. Tausende sind jetzt auf gefährlichen Wegen auf der Flucht. Sie suchen endlich Sicherheit und einen friedlichen Alltag, nach Monaten oder gar Jahren in Flüchtlingslagern,

ohne Perspektive für ein neues Leben, ohne Schule für ihre Kinder, ohne die Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Europa muss helfen. Wir müssen helfen. Dies sehen zum Glück viele Menschen in Deutschland genauso. Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände leisten mit großem Engagement dringend notwendige Arbeit. Wir meinen aber auch, staatliche und ehrenamtliche Hilfe muss besser koordiniert werden. Statt aufwändiger »Asylgipfel« sollte eine »Ständige migrationspolitische Konferenz« eingerichtet werden, in der Fachleute und Ehrenamt, migrantische Selbstorganisationen und staatliche

Strukturen verzahnt werden. Gesellschaft verändert sich – auch durch Zuwanderung und auch in Sachsen-Anhalt. Erstmals seit vielen Jahren kommen mehr Menschen ins Land als fortgehen. Das ist durchaus eine Chance. Und die wollen wir nutzen. Die Menschenrechte sind universell, sie gelten für jede und jeden. Willkommenskultur muss für alle da sein – wer als Asylbewerber ausgegrenzt wird, fühlt sich auch als Asylberechtigter nicht willkommen. Dezentrale Unterbringung in Wohnungen bleibt für uns ein wichtiges Ziel. In der momentanen Situation sollte dabei unser Augenmerk auf besonders Schutzbedürftige wie allein reisende Frauen und

Kinder gerichtet sein. Den Alltag der Geflüchteten wollen wir entbürokratisieren, dazu gehören die Einführung der Gesundheitskarte und Servicestellen für Integration in den kommunalen Verwaltungen. DIE LINKE steht an der Seite aller Mutigen und Engagierten und für eine Willkommenskultur. Rassistische Angriffe und Diskriminierung müssen konsequent verfolgt und geahndet werden. Gehen Sie wählen und verhindern Sie mit Ihrer Wahl den Einzug rassistischer und rechtspopulistischer Parteien in den Landtag! Angstmache und Vorurteile brauchen nicht auch noch die Bühne des Parlaments zu ihrer Verbreitung.



Lieber Wulf,

in ein paar Wochen wird in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Du bist im April 2015 von Deinem Landesverband als Ministerpräsidentenkandidat nominiert worden, und inzwischen läuft der Wahlkampf auf vollen Touren. Dein Terminkalender wird überquellen, der Tag ist eigentlich immer zu kurz, die Nacht sowieso. Wir kennen das beide, und wir wissen voneinander, dass wir die Kraft für solche Herausforderungen haben.

Übers Regieren muss ich Dir nichts erzählen, Du weißt, wie es ist, Verantwortung für die Entwicklung des Landes zu tragen. Das »Magdeburger Modell«, die Tolerierung einer SPD-geführten Minderheitsregierung durch die PDS, war 1994 für die einen eine Sensation, für die anderen ein Skandal. Die Zusammenarbeit hat acht Jahre lang gute Politik für Sachsen-Anhalt hervorgebracht. Und diese Zeit hat Dich nachhaltig geprägt.

Du weißt, regieren ist kein Selbstzweck, sondern es geht immer um konkrete Verbesserungen für die Menschen im Land. In Sachsen-Anhalt beginnt nun der Prozess, den wir in Thüringen bereits erfolgreich umgesetzt haben. Bevor unsere rot-rot-grüne Koalition die Arbeit aufgenommen hat, gab es vor allem in den Medien viele Debatten. Viele wollten uns erzählen, dass das nicht geht, etwas Neues anzufangen, weil noch nie ein Dreierbündnis erfolgreich regiert habe. Inzwischen haben wir erfolgreich das Gegenteil bewiesen. Rot-Rot-Grün in Thüringen hat gezeigt, dass unsere drei Parteien sehr

gut zusammenarbeiten können. Und bei allem Stolz auf unseren schönen Freistaat möchte ich behaupten: Was Thüringen kann, kann Sachsen-Anhalt auch!

Wir haben in Thüringen viele wichtige Reformprojekte umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Nach jahrelangen Debatten hat Thüringen endlich ein Bildungsfreistellungsgesetz, wir haben den Verfassungsschutz reformiert, solidarische Haushalte ohne neue Schulden aufgestellt und wie versprochen im ersten Jahr 500 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Auch Ihr habt vor, die Bildung zu stärken, schon zum Schuljahr 2016/17 mindestens 350 neue Lehrkräfte einzustellen und auf gar keinen Fall weitere Stellen abzubauen. Bildung ist eine richtige und wichtige Investition in die Zukunft, die sich auszahlt!

Lieber Wulf, Ministerpräsident ist kein Job wie jeder andere, man muss das leben. Du willst das, und Du kannst das, davon bin ich fest überzeugt.

Dein Bodo Ramelow

Aufstehen, selbst wenn man am Boden liegt

Mario Blasche ist Lobbyist – und zwar für die Menschen, die sonst keine Lobby haben



Der Mann ist ein passionierter Ausdauersportler. Nach der Arbeit sieht man den 48-Jährigen häufig in der Natur rund um Stendal oder in seinem neuen Heimatort Baben seine Runden drehen. Als gelernter Verwaltungsfachwirt – zurzeit beschäftigt im Büro der Landtagsabgeordneten Dr. Helga Paschke – arbeitet er vorwiegend mit dem Kopf. Da ist Laufen ein willkommener Ausgleich, um seine Gedanken zu ordnen. Mit dem gleichen Ehrgeiz, den der verheiratete Vater einer erwachsenen Tochter bei der Vorbereitung seiner zahlreichen Marathonläufe an den Tag legt, geht er auch seine anderen Projekte an. Als er sich im Jahre 1999 das erste Mal entschloss, für den Stendaler Stadtrat zu

kandidieren, hatte er bereits ganz konkrete Vorstellungen davon, was er bewegen wollte. Mit dem Einzug in die Vertretung der Kreisstadt begann sein



Engagement für jene Einwohnerinnen und Einwohner, die in der Regel die kleinste Lobby haben: Menschen, die in schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen leben, Kindern und Jugendlichen, Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Migrationshintergrund galt in den 15 Jahren als Stendaler Stadtrat sein Hauptaugenmerk. Gemeinsam mit seiner linksgrünen Fraktion konnte er zum Beispiel sozialverträgliche Eintrittspreise für die öffentlichen Einrichtungen der Stadt oder einen Essensgeldzuschuss für benachteiligte Kinder in den Stendaler Grundschulen durchsetzen, noch bevor die Bundespolitik sich des Themas »Bekämpfung der Kinderarmut« annahm. Die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und

der Zugang aller zu Einrichtungen wie Bibliotheken oder Volkshochschulen ist dem gebürtigen Stendaler noch heute Herzensangelegenheit.

Die durch die Vorgaben des Landes nicht abwendbare Schließung zahlreicher Grundschulen im Landkreis, vorwiegend im ländlichen Raum und so auch in der Einheitsgemeinde Stendal, oder der Verkauf der Stendaler Stadtwerke zählt Blasche zu den schmerzlichsten Erfahrungen seiner Zeit als Kommunalpolitiker: »Wir scheiterten im Stadtrat damals nur knapp und mit dem von uns initiierten Bürgerentscheid an bürokratischen Hürden. Für uns war und ist ein Energieversorgerinkommunaler Hand ein Steuerungsinstrument für sozial verträgliche Preise.« Die Bitternis über die Niederlagen ist dem Kommunalpolitiker noch anzumerken. Aber wie im Sport gehören in einem demokratischen Gemeinwesen Rückschläge dazu, und so geht Mario Blasche getreu seinem Lebensmotto »Steh auf, wenn du am Boden liegst« zielstrebig sein neues Ziel an. Am 13. März 2016 möchte er für den Stendaler Direktwahlkreis 4 in den Landtag von Sachsen-Anhalt einziehen, um sich dort weiterhin für eine sozial gerechte Politik zu engagieren und für den ländlichen Raum eine bedarfsgerechte Finanzausstattung der Kommunen zu erreichen.



Eine Stunde für unsere Stadt

Stendal Unter diesem Motto ruft DIE LINKE im Stendaler Stadtrat zweimal im Jahr zu Arbeitseinsatz in den Tiergarten auf. Seit Herbst 2001 treffen sich bei jedem Wetter Stadträtinnen und Stadträte, Bürgerinnen und Bürger, um anzupacken. Die zündende Idee hatte unsere damalige Fraktionsvorsitzende Helga Zimmermann zum 50. Tiergarten-Jubiläum. Statt mit Geldgeschenken wollte die Fraktion tatkräftig vor Ort helfen. Seitdem findet der Einsatz steigende Resonanz.



Laufen für Hospizarbeit

Stendal Sport steht für Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt. Mit der jährlichen Spendenlaufveranstaltung dehnt das Stendaler Hospiz diesen Gedanken auch auf die letzten Momente im Leben aus. Nicht zum ersten Mal nahmen daher auch Katrin Kunert und Mario Blasche an der Aktion teil. Als spendende Laufpaten und auch als Läufer tragen sie so einen Teil zur Unterstützung dieser wichtigen Arbeit in ihrer Stadt und Region bei.

Wenn soziale Orte wegfallen, verschwindet damit noch viel mehr

Im Jahre 2014 fanden in Sachsen-Anhalt Kommunalwahlen statt. Auch im Landkreis Stendal wurden in den Gemeinden, Städten und im Kreis Kommunalpolitikerinnen und -politiker für die Vertretungen neu gewählt. Sie sollen in den fünf Jahren ihrer Mandatszeit vor Ort die Interessen der Menschen vertreten und gemeinsam mit ihnen Entscheidungen treffen. Der stete Rückgang der Wahlbeteiligung ist jedoch ein Indiz dafür, dass Bürgerinnen und Bürger zunehmend unzufrieden sind mit der Art und Weise, wie Politik gemacht wird und wie Entscheidungen getroffen werden bzw. wie unzureichend sie in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Das schmerzt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Entscheidungen auf kommunaler Ebene unmittelbare Auswirkungen auf das Lebensumfeld und die Lebensqualität aller Einwohnerinnen und Einwohner haben. Die Schließung der Grundschule be-

deutet nicht nur längere Schulwege für die Kleinsten, sondern gerade im ländlichen Raum auch den Wegfall eines sozialen Ortes. Die Gymnastikgruppe oder auch die Landfrauen verlieren in der Regel ihren Sport- oder Kulturraum. Wenn die Straße aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht saniert werden kann, wird die für den ländlichen Raum so wichtige Mobilität erschwert. Welche nachhaltige Wirkung Einschnitte in der Jugendarbeit, die Schließung von Bibliotheken und anderen kulturellen Bildungseinrichtungen sowie die Vernachlässigung kommunaler Sportanlagen haben werden, das will man sich gar nicht ausmalen. Die Kommunen brauchen einen gesetzlichen Rahmen, der dem Verfassungsgrundsatz gleichwertiger Lebensverhältnisse für alle, ob auf dem flachen Land oder im Ballungsraum, tatsächlich Rechnung trägt. Ferner sind für die vielfältigen Aufgaben künftig dauerhafte und verläss-

liche Einnahmen unerlässlich. Der kommunale Finanzausgleich ist dafür das passende Instrument. Eine am Bedarf orientierte Schlüsselzuweisung und stärkere Regionalbudgets für kommunale Investitionen statt komplizierter

Förderprogramme versetzen die Vertretungen dann auch wieder in die Lage, Entscheidungen zu treffen, die sich am Wohl der Einwohnerschaft orientieren.

Mario Blasche



Engagement in allen Lebenslagen

Bismark Was der Einsatz für andere bedeutet, zeigt unsere Stadträtin Ruth Rothe in Bismark. In ihrer Sozialberatung ist sie an einem Behördentag pro Woche Ansprechpartnerin in allen Lebenslagen und bietet schnelle, unbürokratische Hilfe für werdende Mütter, Erwerbslose oder Senioren. Den neuesten Mitbürgern, die hier Zuflucht fanden, steht sie zudem als Familienpatin zur Seite und hilft geflüchteten Menschen bei der Integration durch Sport, Sprachkurse und Behördenbegleitung.



Nachhaltige Entwicklung

Havelberg Über Jahre war die BUGA ein bestimmendes Thema. Die LINKEN im Stadtrat hatten das Vorhaben von Beginn an stets unterstützt. Die Bilanz: Viele Maßnahmen, besonders im Ausbau der Infrastruktur in unserer Region, werden nachhaltig sein. Der Stolz der Havelberger auf ihre Stadt hat durch dieses Ereignis einen richtigen Aufschwung bekommen.



Kinder für Kinder

Schönhausen Unsere Gemeinderätin Berbel Wischer organisiert zusammen mit Dagmar Schulze seit Jahren den Lauf »Kinder laufen für Kinder« in Schönhausen. Mit viel Engagement werben sie alljährlich um Sponsoren, und die Kinder drehen Runde für Runde, damit elternlose Kinder weltweit in den SOS-Kinderdörfern auch in einer Familie aufwachsen können. So werden die kleinen Läufer zudem motiviert, für Solidarität und Weltoffenheit einzustehen.

Eine Schule für alle

Osterburg Demokratisch, inklusiv, praxisnah und vor allem gemeinsam lernen – das ist unsere Vision der Gemeinschaftsschule, die ein wichtiges Standbein der zukünftigen Bildungslandschaft sein soll. In Osterburg haben Eltern, Schüler und Lehrkräfte unermüdlich um die Umwandlung der Sekundarschule »Karl Marx« zur Gemeinschaftsschule gekämpft. Das Anliegen von Anfang an unterstützend, konnte DIE LINKE fast den gesamten Stadtrat überzeugen. Doch CDU, FDP und SPD im Kreistag blieben stur. Aber wir geben nicht auf und stehen weiter an der Seite der Schule.

Widerstand leisten, wenn Ungerechtigkeiten passieren

Jenny Schulz kandidiert zum ersten Mal für den Landtag. Aber sie ist schon immer ein politischer Mensch gewesen.

Sie wusste schon immer, was sie wollte. Schon bei ihrer Geburt. Jenny Schulz ist am 8. Oktober 1974 geboren, fünf Minuten nach Mitternacht, hat einfach den 25. Jahrestag der DDR bewusst verpasst. Die Nabelschnur war mehrmals um den Hals geschlungen, als wollte sie austesten, wie viel Lebenskraft in ihr steckt. Jenny Schulz hat sich schon als Jugendliche und junge Erwachsene in wichtige Angelegenheiten eingemischt. Und sie hat früh gelernt, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden. Andere sagen von ihr, sie sei eine Sensible mit einer scharfen Beobachtungsgabe. Und mit Widerstandsgeist, auch schon in der Schule, wo sie es Lehrern, Pionierleitern und den Eltern nicht leicht gemacht hat. Auf Gymnasium ging sie in Bernau, konnte dort endlich Spanisch üben, nachdem sie in der vierten Klasse schon angefangen hatte, Englisch zu lernen. Bernau bedeutete Leben im Internat, Selbstständigkeit, Eigenverantwortlichkeit. Jenny Schulz ist damals mit Freunden oft zu

Antikriegs-Demonstrationen gegangen und hat die Fehltage in der Schule dafür in Kauf genommen. Zu der Zeit waren die Vereinigten Staaten von Amerika in den Irak einmarschiert, die Welt war aus den Fugen, und es galt, auf der Straße zu zeigen, dass die Mehrheit der Menschen gegen eine deutsche Kriegsbeteiligung ist. Es gab Ärger mit der Schulleitung. Dieselben Leute, die noch Wochen vorher im ideologischen Duktus des real existierenden Sozialismus ar-

gumentiert hatten, waren nun sehr vorsichtig geworden. Für den Frieden auf die Straße zu gehen, schien ihnen nicht recht zu sein.

Jenny Schulz verbrachte ein Jahr als Austauschschülerin in Chile, hat dort eine zweite Heimat gefunden, danach in Deutschland das Abitur gemacht, wollte nach Chile zurück, ging dann aber zum Arbeiten nach Spanien. Sie kam zurück und hat Politikwissenschaft und Soziologie in Halle und Magdeburg studiert.

Inzwischen wusste sie, was sie würde tun wollen: helfen, das Leben von Kindern und Frauen ein Stück leichter zu machen. Jenny Schulz trat in die Partei DIE LINKE ein.

Sie arbeitete zuerst im Büro eines Bundestagsabgeordneten, wurde dann zur Landesgeschäftsführerin der Partei DIE LINKE in Sachsen-Anhalt gewählt. Viele Jahre hat sie diese Aufgabe gut gemeistert. In dieser Zeit wurde ihr Sohn geboren, ihre Tochter war schon während des Studiums auf die Welt gekommen.

Jenny Schulz ist Stadträtin in Magdeburg und Vorsitzende des Ausschusses für Familie und Gleichstellung, nun kandidiert sie für ein Mandat im Landtag Sachsen-Anhalt.

Sie engagiert sich für gute Bedingungen und ein offenes Willkommen für die ankommenden Flüchtlinge. Sachsen-Anhalt soll ein weltoffenes Bundesland sein, eines, in dem Rassismus und Ausgrenzung auf allergrößten Widerstand treffen. In der Politik und auf der Straße.



Gleichberechtigte Partnerinnen bei der Entwicklung des ländlichen Raumes

Frauen spielen eine Schlüsselrolle, wenn es darum geht, ländliche Gemeinschaften am und im Leben zu halten, ihnen Vitalität zu verleihen und Zukunft zu ermöglichen. Aber Frauen müssen ihre Zeit oft auf viele Lebensbereiche aufteilen und leisten wichtige Beiträge in der Wirtschaft, in den Gemeinden und in den Familien. Ländliche Entwicklungspolitik erkennt aber die Rolle der Frauen oft nicht in gebührender Weise an und verkennt damit, welches wichtige Potenzial dadurch ungenutzt bleibt.

Ungleichgewichte zwischen den Geschlechtern bestehen nach wie vor überwiegend zu Lasten

der Frauen. Sie sehen sich gerade im ländlichen Raum häufig besonderen Problemen gegenüber. Europaweit sind sie in diesen Regionen viel stärker mit Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung konfrontiert, Alleinerziehende und ältere Frauen sind in besonderem Maße von Armut betroffen. Mitarbeitende Ehefrauen in der Landwirtschaft haben oft keine eigene soziale Absicherung.

Mehr noch als im städtischen Bereich müssen überkommene Rollenbilder aufgebrochen und Hemmnisse für eine Erwerbsarbeit von Frauen – wie eingeschränkter öffentlicher

Personennahverkehr oder fehlende Kinderbetreuung – abgebaut werden. Der Rückbau des öffentlichen Dienstes und nachfolgende Zentralisierungstendenzen belasten Frauen im ländlichen Raum doppelt, denn dadurch wird ihr Zugang zum Arbeitsmarkt genauso erschwert wie der Zugang zu den Dienstleistungen, die sie und ihre Familien benötigen.

Ein Programm für den ländlichen Raum muss daher geeignete Maßnahmen konzipieren, durch deren Umsetzung unter anderem ein Beitrag zur Bekämpfung von Armut geleistet und die berufliche Situation von

Frauen verbessert wird und zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten erschlossen werden. Die Unterstützung von Frauen, sich an lokalen und regionalen Entscheidungsgremien zu beteiligen, kommt dem Gemeinwesen in den Dörfern zugute.

Wir als LINKE meinen daher, die spezifische Förderung von Frauen ist vor dem Hintergrund der soziodemografischen Entwicklung Sachsen-Anhalts nicht nur ein Beitrag zur Erweiterung individueller Lebenschancen, sondern auch ein Wirtschafts- und Standortfaktor.

Jenny Schulz





eurolibid.de/RobertGrain

Kommunale Selbstverwaltung funktioniert – aber nur gemeinsam

Ein Plädoyer für den Bürgerhaushalt und gegen eine arrogante Landespolitik, die den Kommunen Vorschriften macht, sie aber finanziell aushungert

Für mich ist kommunale Selbstverwaltung nur mit einer auskömmlichen Finanzierung möglich. Die muss sich aus eigenen Einnahmen und Landes- bzw. Bundeszuweisungen speisen. Auskömmlich ist offenbar ein dehnbarer Begriff, sieht man sich die Politik der vergangenen Jahre an. In der Regierung hat man eine ganz andere Vorstellung davon, was auskömmlich ist, als in den Kommunen selbst. Finanzmittel sind die Grundlage, um die Pflichten vor Ort zu erfüllen oder aber sogenannte freiwillige Leistungen erbringen zu können und damit auch Erwartungen der Bürgerschaft zu erfüllen. Ich weiß, wovon ich rede, denn ich bin Stadtrat in Genthin und Vorsitzender der Stadtfraktion DIE LINKE. Für die Abgeordneten in den Kommunalparlamenten ist es schwer, gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu argumen-

tieren, wie die Mechanismen funktionieren und warum vieles von dem, was dringend getan werden müsste, nicht getan werden kann. Wir gelten dann oft als die »Schuldigen«. Unser Gestaltungsspielraum ist nicht allzu groß. Aber er ist da, und er kann größer werden, wenn sich die Landespolitik ändert. In den Kommunen sind wir Gewählten nicht mehr und nicht weniger als Gleiche unter Gleichen. Für mich ist Kommunalpolitik dann gut, wenn genau dies sich auch niederschlägt in der Art und Weise, wie Entscheidungen getroffen werden.

Ich finde die Idee des Bürgerhaushaltes gut und richtig. Und zwar nicht nur – dies sei an dieser Stelle gesagt – in Zeiten des Mangels. Ein Bürgerhaushalt funktioniert auch dann gut, wenn es wirklich etwas zu verteilen gibt, wenn Geld da ist, für dessen Verwendung die Bürger-

schaft gemeinsam mit Stadtrat und Verwaltung die Prioritäten festlegt. Diese basisdemokratischen Prozesse kosten zwar mehr Zeit, aber am Ende steht ein Gemeinwesen, das von vielen getragen wird.

Ein Bürgerhaushalt schafft die Möglichkeit, über Chancen, aber eben auch Zwänge zu diskutieren. Lösungen, die gemeinsam erarbeitet und nicht von oben verordnet werden, sind die Grundlage dafür, dass sich viele für deren Umsetzung engagieren. Auch das »Reinregieren« seitens der Landesregierung funktioniert nicht mehr so einfach, wenn die Haushaltsentscheidungen in den Kommunen gemeinsam getroffen werden.

In meiner parlamentarischen Arbeit auf Landesebene will ich mich – gemeinsam mit meiner Fraktion – dafür stark machen, dass die Mitspracherechte der

Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen ausgebaut werden. Auch damit so ein Unsinn wie die »STARK«-Programme nicht mehr passiert, bei denen Kommunen durch nicht auskömmliche Finanzierung so in Schwierigkeiten gerieten, dass sie Landeszuschüsse beantragen mussten. Über diese Zuschüsse hat dann das Finanzministerium seine Auflagen und Bedingungen diktiert und in die kommunale Selbstverwaltung eingegriffen. Die Kommunen haben nicht einmal die Möglichkeit, die Landesmittel abzulehnen. Das ist genau die Politik der Arroganz, die wir nicht mehr wollen. Stattdessen wollen wir, dass Bürgerinnen und Bürger nicht nur wählen, sondern auch mitdiskutieren und mitentscheiden können. In schlechten, aber auch in guten Zeiten.

Harry Czeke

»Ein Land zum Leben. Ein Land zum Bleiben.«

Das gilt auch und gerade für den ländlichen Raum! Hier geht es darum, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen und keinen weiteren Abbau an Infrastruktur oder Versorgungsleistungen zuzulassen. Außerhalb der Städte ist der Wegzug gerade von jüngeren Menschen, insbesondere von Frauen, am stärksten. Billiglohnpolitik, wie die CDU sie betreibt, hält die Menschen nicht im Land, stattdessen brauchen wir Perspektiven und Ideen. Wir brauchen öffentliche Daseinsvorsorge, Mobilität, Teilhabe, Bildung, Kultur und vor allem gute Arbeit sowie existenzsichernde Löhne und Gehälter. Basis für jedwede Entwicklung besonders im ländlichen Raum sind »auskömmlich finanzierte Kommunen«. Das heißt: Für vom Land übertragene Aufgaben müssen den Kommunen die

Finanzen im Konnexitätsprinzip auch bereitgestellt werden. Nur so können gleichwertige Lebensverhältnisse und Daseinsvorsorge für alle gesichert werden.

Für den ländlichen Raum gelten nicht die gleichen Regeln wie in der Stadt. Grundversorgung muss mobil gedacht werden, gerade in dünn besiedelten Regionen. Trotzdem soll es für alle Menschen in unserem Land eine gute medizinische Versorgung geben, soll generationsübergreifendes, bezahlbares, barrierefreies Wohnen möglich sein, ebenso schulische Bildung und Kultur.

Rückgrat für den ländlichen Raum sind die Land- und Forstwirtschaft. Hier gilt das Nachhaltigkeitsprinzip. Dies steht für uns als Dreiklang aus Ökonomie, Ökologie und Sozialem. Erst wenn dies zusammengedacht wird, ist Nachhaltigkeit möglich.

Grund und Boden zum Beispiel dürfen nicht weiter als Spekulationsobjekte genutzt werden. Privatisierungen sind kein Naturschutz, sondern fördern den Raubbau an unseren natürlichen Ressourcen. Land- und Forstwirtschaft sind wichtige Nach-

frager nach Gütern bzw. Investitions- und Dienstleistungen. Sie als Teil einer Wertschöpfungskette zu begreifen und vor Raubbau und Vernutzung zu bewahren, ist Ziel und Anspruch in unserer Politik für den ländlichen Raum.



istockphoto.com/hsyf



Harry Czeke

Wahlkreis 5, Genthin/
Tangermünde, Tangerhütte

1961 in Tangermünde geboren. Aufgewachsen und zur Schule gegangen in Jerichow. 1979 in Genthin Abitur gemacht, danach drei Jahre bei der NVA gedient. Erste Arbeitsstelle 1979 in einer LPG, die den Namen »VII. Parteitag« trug, die ihn zur Ausbildung delegierte, wo er Diplom-Agrar-Ingenieur werden konnte. 1985 wieder in die LPG in Klitsche/Schlagenthin zurückgekehrt, Bereichsleiter, später Abteilungsleiter und dann stellvertretender Vorsitzender geworden. Bis heute aktiv im Reitsport und dort viel auf die Beine gestellt. Vor allem auch für Menschen, deren Geldbeutel nicht so prall gefüllt ist.

Neben der Turnierarbeit gilt sein Interesse der Jugendarbeit. Kinder aus sozial schwachen Familien haben im Reitverein die Möglichkeit, sich zu betätigen. Ein Projekt, das Harry Czeke fortführen wird, egal, wie viel Zeit er dafür neben der parlamentarischen Arbeit dranhängen muss.

1991 trat er zur Gemeinderatswahl an und legte mit einem sehr guten Ergebnis den Grundstein für eine erfolgreiche Kommunalpolitik der PDS in Schlagenthin.

1994 kandidierte er für die PDS für den Landtag Sachsen-Anhalt und wurde mit 33 Jahren Mitglied des Parlaments. Arbeitete im Umwelt- und Agrarausschuss und ist seit 2006 europapolitischer Sprecher sowie Sprecher für Tourismus- und Forstpolitik.

1999 noch dazu in Genthin Stadtrat geworden, von 2004 bis 2009 Vorsitzender des Stadtrates gewesen. Davor und auch jetzt Vorsitzender des Wirtschafts- und Umweltausschusses.

Bodenständig und eng mit seiner Heimatregion verbunden – sagt er von sich selbst. Andere sagen das auch.

Bitte unterstützen Sie uns.
DIE LINKE. Landesverband
Sachsen-Anhalt
Deutsche Bank, IBAN:
DE09 8107 0024 0118 8259 01
Verwendungszweck: SPENDE



Die LINKE im Amt

Wust-Fischbeck Viele Jahre ist Bodo Ladwig nun schon Bürgermeister in der Gemeinde Wust-Fischbeck. Doch als 2013 das Hochwasser kam und der Deich brach, begann für ihn die schwerste Zeit als Bürgermeister. Sein Dorf, sein Haus – alles stand unter Wasser. Sofortiges Handeln war gefragt, und das tat er! Er kümmerte sich um viele Schicksale. Im Agrarbetrieb kämpfte er um das Leben der Tiere. Als das Wasser ging und die Leute zurückkehrten, begann der Kampf gegen Resignation und auch so manche Bürokratie.

Klietz Erst im Sommer 2015 hat Hermann Paschke in Klietz das Bürgermeisteramt angetreten. Eine Schonfrist gab es nicht, viele Dinge mussten entschieden werden. Im September stand dann fest, in der Klietzer Kaserne wird eine Erstaufnahmestelle für Asylsuchende mit über 700 Plätzen eingerichtet. Da gab es bei der Bevölkerung viel Informations- und Redebedarf. Es ist keinesfalls immer problemlos, aber der Bürgermeister stellte von Anfang an klar: Refugees welcome!



Für die Kleinsten

Tangermünde Ein Hauptaugenmerk auf die Kleinen und Kleinsten der Region legt DIE LINKE im Stadtrat Tangermünde. Zum September 2015 wurden nach einem halben Jahr Kampf 25 neue Hortplätze erstritten. Mit Blick auf den Mangel an Kitaplätzen setzte sich DIE LINKE zudem für den Neubau oder die Erweiterung der bestehenden Kita ein. In der Stadt, die landesweit mit die höchsten Kostenbeiträge für Eltern hat, stemmt sich DIE LINKE zudem gegen weitere Erhöhungen der Kitagebühren.

Ich sage »Auf Wiedersehen«, nicht einfach »Tschüss«



Ja, es stimmt: Ich werde nicht mehr für den kommenden Landtag kandidieren. Warum denn diese Entscheidung? Das werde ich in letzter Zeit häufig gefragt. Ich bin der Ansicht, meine vielen Wählerinnen und Wähler und auch die große Anzahl von

verlässlichen Partnerinnen und Partnern aus Einrichtungen, Verbänden, Vereinen, Institutionen sowie die an vielen Orten Engagierten haben ein Recht, meine Motive zu erfahren.

An erster Stelle steht, dass ich immer versucht habe, meine Arbeit als Landtagsabgeordnete sowohl in Magdeburg als auch in meiner Heimatregion nach besten Kräften zu erfüllen. Aber nach 18 Jahren merke ich deutlich – mir geht ab und an dafür auch die Puste aus. Ich will deshalb auch persönlich in den kommenden fünf Jahren kein Gefühl der Unzufriedenheit aufkommen lassen. Vor allem aber will ich auch niemanden enttäuschen, der oder die auf mein Agieren oder meine Hilfe hofft. Sehr, sehr wichtig aber ist: Wir haben mit Mario Blasche und Jenny Schulz für die Wahlkreise Stendal und Osterburg/Havel-

berg engagierte, kompetente und jüngere Nachfolger/-innen gefunden. Für sie und an sie gebe ich den Staffelstab mit ruhigem Gewissen aus der Hand und weiter. Alle, die mir bisher in Wahlen das Vertrauen schenkten, und alle, die noch zögerten,

bitte ich deshalb – schauen und hören Sie sich die beiden an! Sie haben Ihre Stimme verdient.

Für mich steht jedoch felsenfest: Der Politik sage ich nicht endgültig goodbye. Als Fraktionsvorsitzende der Kreistags- und auch der Verbandsgemeindefraktion DIE LINKE werde ich mich auch nach 25 Jahren Kommunalpolitik weiterhin engagieren. Die Herausforderungen der Gegenwart fordern uns alle, Sie und mich. Ich danke Ihnen für die Jahre gemeinsamen Engagements und freue mich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit. Bleiben Sie auch in den folgenden Jahren für meine Nachfolgerinnen und Nachfolger im Landtag und für mich als Kommunalpolitikerin kritisch-konstruktive Begleiterinnen und Begleiter, Partnerinnen und Partner.

Ihre Helga Paschke



Von einem Neujahrsempfang zum Engagement für Flüchtlinge



Es ist schon seit Jahren eine gute Tradition des Kreisverbandes der LINKEN, das neue Jahr gemeinsam mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern zu begehen, die sich in besonderer Weise um die Alltagssorgen der Mitbürger kümmern. Mit unserem Neujahrsempfang

2015 vor der Gemeinschaftsunterkunft am Möringer Weg wollten wir ganz bewusst ein Zeichen für ein freundliches Willkommen und die Solidarität mit Flüchtlingen setzen. Das bunte Programm an diesem Tag wurde durch ELEMENTS gestaltet, einen Naturerlebnishof aus

Aland-Vielbaum im Norden der Altmark. Am wärmenden Lagerfeuer bei Früchtepunsch und Trommelsession haben sich unsere Gäste aus aller Welt sehr wohl gefühlt. Eine gute Geschichte also, aber sie geht noch viel besser weiter. ELEMENTS und Bernd Kloss,

der für DIE LINKE im Verbandsgemeinderat Seehausen arbeitet, hatten im Frühjahr 2015 die Idee der Begegnungs- und Erlebnistage in Vielbaum entwickelt. Sie erfuhren vielfältige Unterstützung durch eine immer größer werdende Zahl aktiver Menschen aus dem Umkreis von Seehausen.

Vier ereignisreiche Tage wurden für Kinder der Gemeinschaftsunterkunft und aus Seehausen gestaltet: gegenseitiges Kennenlernen, Spiele, gemeinsames Essen und die Erfahrung, dass man sich ähnlicher ist, als man denkt. Es gibt aber für uns alle noch viel zu tun. Gerade vor dem Hintergrund der letzten Monate zeigt sich: Unser Engagement war richtig! Und es bedarf noch viel mehr Ideen und Engagement, um gemeinsam dafür Sorge zu tragen, dass die Flüchtlinge, die vor Krieg und Elend zu uns flüchten, menschenwürdig aufgenommen werden.

Hass aus Bequemlichkeit

Ein Gespräch mit Matthias Brenner, Intendant des Neuen Theaters in Halle, und André Bückler, bis 2015 Generalintendant des Anhaltischen Theaters in Dessau



2013 haben in Sachsen-Anhalt Tausende gegen die von der Landesregierung geplanten Kürzungen bei der Kultur protestiert. Wie steht es heute um die Kultur im Lande?

André Bückler: Es ging ja nicht nur um Kunst und Kultur, es ging auch um die Bildungslandschaft, die Wissenschaft, die Hochschulen. Das ist etwas gewesen, das eine seltene Einigkeit hergestellt hat. Wenn ich mich erinnere, mit wie vielen Menschen wir hier auf dem Universitätsplatz in Halle waren, mit Studenten, Theaterleuten, Museumsleuten, Bibliotheksleuten. Und ich habe in der Zeit auch immer gesagt: Das ist der Rohstoff des Landes – Kultur, Bildung, Kunst, Wissenschaft. Das zählt auch heute noch und müsste in die Zukunft entwickelt werden. Was könnte man schaffen, wenn man diese Leute liebe und ihnen Möglichkeiten gäbe.

Matthias Brenner: Wir können es nur von zwei Seiten ändern. Es muss in der Bevölkerung eine Begehrlichkeit geben. Und es muss, wenn es einen Machtwechsel geben sollte, einen Politikwechsel, auch eine Befähigung geben, eine Atmosphäre zu schaffen, in der sich ein

Land selber am Kragen und am Hosenboden gleichzeitig aus der Scheiße ziehen kann. Da ist so viel Potenzial. Eine Stadt in dieser Größenordnung kenne ich nicht, die so ein kulturelles, künstlerisches Potenzial hat wie Halle. Das finde ich enorm spannend, aber man belässt es im Prinzip dabei und setzt die Spirale nach unten ein. Wir sind mit einem Sumpf zu vergleichen, und die Erdanziehungskraft zieht uns nach unten, da können wir machen, was wir wollen. Und wenn wir es leisten können, dagegenzuhalten, uns immer wieder miteinander herauszuziehen, dann haben wir was geschafft. Dann können wir auch duschen gehen.

Im unlängst vorgelegten Landeskulturkonzept der Fraktion DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt spielen Bildung, der Kontakt von Kindern zur Kultur eine große Rolle. Wie wichtig ist da das Theater?

André Bückler: Vor 20 Jahren hatten das die Theater noch nicht so richtig erkannt, da war von Vermittlungs- oder Bildungsarbeit kaum die Rede. Mittlerweile gibt es kein Theater mehr, das sich nicht theaterpädagogisch engagiert, rausgeht in

die Stadt, in die Schulen, aber auch ran an die Lehrer. Wir haben 2014 in Dessau in über 400 Veranstaltungen 16 000 Kinder über die theaterpädagogischen Programme erreicht. Das sind schon enorme Zahlen, besonders in Städten, in denen es viele Probleme gibt, gerade im Hinblick auf Gewaltprävention, zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts.

Matthias Brenner: Wir hatten eine Weihnachtspremiere hier im Neuen Theater. Da sitzen die Kinder drin und begegnen als erstes einem Teufel und seinem Sohn, der geprüft wird. Und plötzlich halten die zu dem Kleinen. Die halten zu einem Teufel, die Fünfjährigen. Das ist so großartig, wie sie der ältesten Theaterfigur mit diesem Widerspruch begegnen und einen Exkurs darüber erfahren, was Ewigkeit heißt und was Eis heißt und was ein Splitter bedeutet im Herzen. Und dass die Umwelt erkalten kann, wenn man dem Teufel nicht begegnet ist, um dagegen anzutreten.

Sehr häufig wird an der Kultur gespart. Ein Vorwurf lautet, sie rechne sich nicht.

André Bückler: Kultur »rechnet« sich natürlich nie oder nur dann, wenn alle Kosten auf die Eintrittspreise umgelegt würden. Dann kostet eine Eintrittskarte 250 Euro, und dann können wir uns ja ausrechnen, wie viele Leute sich das leisten können. Das kann ja nicht die Kultur sein, die wir wollen. Öffentlich geförderte – und ich sage bewusst nicht subventionierte, sondern öffentlich geförderte – Kultur ist etwas, das im öffentlichen Interesse der Gemeinschaft ist. Diese Kultur muss eine möglichst niedrige Zugangsbeschränkung auch über die Preise haben. In London kommen Sie kostenlos in jedes Museum. Das finde ich fantastisch! Dort hat man erkannt, dass die Kultur wertvoll, ein Wert an sich ist.

Matthias Brenner: »L'art, c'est de l'argent« hat Michel Piccoli mal gesagt – Kunst ist Geld, Kunst kostet kein Geld, Kunst ist Geld. Das kannst du zum Fenster rauswerfen, es kommt in Manteltaschen wieder herein. Wenn ich mit Studenten auf dem Uni-Platz rede, weiß ich, dass die nicht alle ins Theater gehen, aber sie sind ganz wesentliche Transmitter. Dieser Uni-Platz ist eingeklammert von zwei Theaterhäusern – vom Opernhaus und von uns. Das ist ein unglaublich hohes Gut, weil es ein Thema ist. Das sind Bleibegründe in einer Region, Gründe, in einer Stadt, in einer Kommune miteinander leben zu wollen. Und da muss man aufpassen, dass man die Krankenhäuser nicht abwirt-

schafft, die Universitäten, die Kultureinrichtungen. Als letztes schließen dann die Kneipen. Das wissen die wenigsten. Und dann kann man sich nicht mal mehr kollektiv besaufen.

Das Thema Flüchtlinge polarisiert im Moment wie kein anderes und verschafft der AfD gerade im Osten enormen Zulauf. Was ist zu tun?

André Bückler: Wir müssen, um überhaupt zu irgendeiner Lösung kommen zu können, weg von dieser furchtbaren Angstkultur, die wir im Moment überall vorfinden. Mit Angst kann man nichts Konstruktives machen. Angst ist eine schlimme Waffe. Vor kurzem hieß es, man müsse Angst haben, auf den Weihnachtsmarkt zu gehen, weil sich dort eingesickerte Flüchtlinge als ISIS-Kämpfer enttarnen und in die Luft sprengen. Da wird ein Länderspiel abgesagt, und keiner weiß, warum. Man muss bei dem Flüchtlingsthema die Leute mit

geschürt. Das ist einfach Hass aus Bequemlichkeit.

Matthias Brenner: Genau deswegen sage ich ganz öffentlich: Ich bin an einem Politikwechsel in Sachsen-Anhalt interessiert. Nicht nur, weil ich hier Kultur- und Kunstschafter bin, es hat bei mir auch eine instinktive Komponente, dass wir eine Riesenchance versäumen, wenn wir das konservieren, was da ist. Da gibt es nichts zu konservieren. Es ist nämlich nicht allzu viel da. Es ist ganz viel Kredit in Lebenslust verbraucht, und es ist ein hohes Gut, ein hohes Glück, dass man neben allem Hass, den man erleben muss, mit einer empathischen Ader ausgestattet ist. Und die kann man jetzt umsetzen. Das fällt vielen schwer, ich will sie nicht kleinreden, die Konflikte, die es in den Kommunen gibt. Aber einfach zuzumachen, dichtzumachen, zu sagen, wir bauen uns noch eine Armee um Europa, das ist der Tod, und das ist der gewählte Tod, das ist der



den Alternativen konfrontieren. Gregor Gysi hat in der Bundespressekonferenz die Frage gestellt: »Was wollen Sie machen, wollen Sie die Leute alle erschießen? Das ist die zentrale Frage, darauf fällt alles zurück. Auf die Frage, ob wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen wollen, die zu uns kommen, um sich zu retten. Diese Frage müssen wir für uns klären. Und wenn es in Deutschland tatsächlich eine Mehrheit dafür gibt, dass wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen, die vor Gewalt flüchten, dann wandere ich aus. Wer von uns erlebt denn schon eine Beeinträchtigung seines Lebens? Wer lebt denn jetzt schlechter, wo ein paar Hunderttausend Flüchtlinge da sind? Sind Lebensmittel rationiert, sind Autobahnen gesperrt worden? Wird man nicht mehr behandelt im Krankenhaus? Kriegt man sein Arbeitslosengeld nicht mehr? Nichts dergleichen! Dieses Land funktioniert. Und es würde auch mit noch mehr Menschen weiter funktionieren. Das ist doch gar nicht die Frage. Doch es wird mit Verlustängsten gespielt und Hass

bestellte Tod! Das sind Killer, die engagiert werden müssen, um andere Menschen abzudrängen, auch billigend den Tod anderer in Kauf zu nehmen. Und das bestellen wir per Scheckkarte. Wir haben überhaupt nicht so viel auf dem Konto, um das zu bestellen. Das geht einfach nicht. Und deshalb sage ich ganz klar, hier gehört ein Politikwechsel her.

Wenn die Bundesregierung nicht ernsthaft beginnt, die Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen, die Weltprobleme ernsthaft anzugehen, werden sie täglich verschärfter zu uns kommen, bis sie unbeherrschbar sind. Natürlich, Frau Bundeskanzlerin, können Sie das nicht allein. Das erwartet auch niemand. Aber was bereiten Sie eigentlich auf den G-7-, G-8- oder G-20-Gipfeln? Warum drängen Sie nicht darauf, wirksam gegen Krieg, Hunger, Not, Elend, Armut und Rassismus vorzugehen?
Gregor Gysi im Deutschen Bundestag



